

Demokratischer Sektoralismus: Fragen an die politische Theorie

THOMAS SCHMIDT

Mein Aufsatz wird sich in einem wesentlichen Punkt vom Gros der übrigen in diesem Sammelband vorgestellten Beiträge unterscheiden. Während die übrigen Artikel intensiv einzelne Autoren und bestimmte Theorieansätzen bearbeiten und dadurch gleichsam die Angebotsseite der politischen Theorie repräsentieren, repräsentiert mein Beitrag die Nachfrageseite. Mein Interesse lässt sich dabei wie folgt zusammenfassen: Welchen konstruktiven Beitrag kann die neuere politische Theorie angesichts einer gegebenen Herausforderung, nämlich der Notwendigkeit, die bereits existierenden Formen transnationaler Politik zu demokratisieren, zur Begründung einer transnationalen demokratischen Praxis leisten?

Meine (vorläufige) Antwort umfasst zwei Teile. Im ersten werde ich die Ausgangslage transnationaler Politik schildern, wobei insbesondere der europäische Einigungsprozess als Paradebeispiel dienen soll. Nirgendwo sonst in der Welt hat es bisher einen ambitionierteren Versuch der De- und Transnationalisierung der Politik gegeben bzw. wurde intensiver über Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der transnationalen Demokratie diskutiert. Dabei hat sich gezeigt, dass durch den fortwährenden Prozess der Entgrenzung, meist Globalisierung genannt, die kurzzeitig stillgelegten Grenzprobleme der Demokratie aufbrechen und durch funktionale Äquivalente jenseits des Nationen-Begriffs befriedigt werden müssen. Das funktionale Äquivalent zur Grenzziehung der Nation erkenne ich dabei in der begrenzenden Funktion des Sektors (bzw. des Politikfeldes), weswegen an dieser Stelle auch das Konzept des *demokratischen Sektoralismus* als eine zeitgemäße Alternative zum Modell des demokratischen Nationalismus eingeführt werden soll.

Im zweiten Teil werde ich zunächst das Konzept des demokratischen Sektoralismus eingehender erläutern, um auf dieser Grundlage meine Fragen an die politische Theorie zu formulieren. Tatsächlich ist die Liste meiner Fragen kurz und die Liste der Beispiele aus der politischen Theorie, auf die ich zu sprechen komme, kaum länger geworden. Das ist nicht nur dem hier gebotenen Platz geschuldet. Neben den hier exemplarisch ausgewählten Theorien spräche nichts dagegen, die neueren Entwicklungen um John Deweys Pragmatismus bzw. seinen „demokratischen Experimentalismus“ (vgl. Brunkhorst 1998) oder aber Jürgen Habermas' Diskurstheorie nach dem hier vorzuführenden Muster zu befragen. An anderer Stelle wird dies auch sicher nachgeholt werden. In dem hier vorliegenden Beitrag allerdings möchte ich mich weitgehend auf die Systemtheorie eines Niklas Luhmann und das postfundamentalistische Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe beschränken. Dazu ist es zunächst nützlich, sich von kulturalistischen Theorien abzugrenzen, wie sie Charles Taylor in einer „modernen“ Fassung vertreten hat. Abgerundet wird das Ganze durch eine skizzenhafte Auseinandersetzung mit der „politischen Epistemologie“ von Bruno Latour.

1. Transnationale Demokratie

Ohne Nation keine Demokratie. Das zumindest ist der Tenor einer im Kontext der EU-Demokratiediskussion sehr einflussreichen Denkrichtung, deren Bedeutung eher noch zunimmt denn schrumpft (Guéhenno 1994; Greven 1998; Offe 1997; Scharpf 1999). Würde diese Behauptung zutreffen, markierte die Diagnose einer „postnationalen Konstellation“ nicht den Beginn eines nunmehr global angelegten demokratischen Zeitalters – so wie das ursprünglich auch Jürgen Habermas, bis hin zur „Weltbürgerschaft“ und „Weltrepublik“, erhofft hatte (Habermas 1994: 659f.; 1998), sondern ganz im Gegenteil den End- bzw. Umkehrpunkt gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse.

Die Ursachen, die zu dieser postnationalen Konstellation geführt haben, sind vielfältig. Je nach politischer Einstellung wird dabei mal mehr der Wille, mal mehr die Ohnmacht der an den Entscheidungsprozessen beteiligten Akteure in den Vordergrund gestellt. Wenig strittig ist dabei, dass es zahlreiche politische Problemfelder gibt, in denen wirkungsvoll nur noch transnational etwas zu erreichen ist (man denke z.B. an das Thema Klimaschutz). Nun möchte ich mich in diesem Beitrag nicht mit den Ursachen der Globalisierung, sondern mit ihren demokratierelevanten *Auswirkungen* beschäftigen.

Eine als demokratisch zu bezeichnende Politik beruhte bislang wesentlich auf einem Modell *territorialer* Repräsentation. Parlamente, Parteien und wahlkreisabhängige Abgeordnete waren lange Zeit die herausragenden Elemente, mit denen innerhalb eines Nationalstaates, gleich ob er einheits- oder bundesstaatlich verfasst war, der Volkswillen in den politischen Willensbildungsprozess eingespeist wurde. Eine der Funktionsvoraussetzungen dieses Arrangements war die

relativ weitreichende Deckungsgleichheit von Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsräumen. Nach übereinstimmender Einschätzung beginnt diese Kongruenz nun aufzubrechen. An ihre Stelle tritt ein facettenreicher Prozess der (territorialen) Entgrenzung, in dem die Europäische Union eine Sonderstellung einnimmt. Im Kontrast zu bekannten Formen staatlicher Zusammenschlüsse ist die EU nämlich weder Staatenbund noch Bundesstaat, sondern ein Gebilde ganz eigener Art („*sui generis*“, vgl. Jachtenfuchs 1997). Zwar sind in der Union sowohl die *Nationalstaaten* als auch diverse Formen von *Nationalismen* weiterhin präsent – doch nützt dies keinesfalls der demokratischen Legitimation von EU-Politik, sondern behindert sie.

Statt territorial gebundener demokratischer Politik hat sich in der EU ein System etabliert, in dem politikfeldspezifische transnationale Politiknetzwerke die Politik dominieren. Als *Network Governance* oder – ins Deutsche übersetzt – als politikfeldspezifisches Mehrebenennetzwerkregieren (Zürn 1998), lässt sich dieser Formwandel am besten als *Sektoralisierung der Politik* bezeichnen. Sektor meint hier im wesentlichen das Gleiche wie Politikfeld (auch wenn ich an anderer Stelle eine Differenzierung beider Begriffe je nach Institutionalisierungsgrad vorgeschlagen habe; vgl. Schmidt 2004). Beispiele für wichtige europäische Politikfelder sind Binnenmarkt, Verbraucher- und Umweltschutz, Agrarpolitik oder die gentechnisch veränderten Lebensmittel.

Alternativ zu sektoraler Politik wird in der Literatur häufig auch von *funktionaler Politik* gesprochen (eine Bezeichnung, die mir weniger gefällt, da hier dem Funktionalismus eine positive Konnotation verliehen wird, den er sich nicht verdient hat). Als solche war sie schon früher Gegenstand von Analysen, die sich allerdings meist auf den Nationalstaat und dort wiederum auf das Feld der Parteien bzw. der industriellen Arbeitsbeziehungen konzentrierten. Schon bei dieser Gelegenheit fiel auf, dass in Anbetracht sektoraler Problemstellungen die auf territoriale Repräsentation eingestellten politischen Systeme keine wirklich angemessene Form demokratischer Legitimation bieten konnten (einschlägige Stichworte: „Krise des Parlamentarismus“, „Krise der Repräsentation“). Zwar gelang es einigen politischen Systemen, für kurze Zeit alternative Formen der demokratischen Repräsentation aufzubauen (vgl. die Stellung des Korporatismus in sogenannten Konsens- bzw. Konkordanzdemokratien) – am ehesten gelang das allerdings ausgerechnet dort, wo die Gesellschaft in einer übersichtlichen Art und Weise relativ eindeutige ethnische, religiöse oder klassenbedingte Segmentierungen aufzuweisen hatte (z.B. im Konsozialismus der Schweiz, Belgiens und der Niederlande; siehe M. Schmidt 2000). Mit zunehmendem sozialen Wandel haben sich diese Segmentierungen weitgehend verflüssigt und an die Stelle des Vertrauens und der Loyalität gegenüber den je eigenen Funktionseliten sind individuelle Partizipationsansprüche getreten. In ihrer Folge haben sich auf nationaler Ebene unkonventionelle Partizipationsformen herauskristallisiert, die als Ergänzung oder Konkurrenz zu den herkömmlichen Strukturen die demokratische Qualität (gemessen am Partizipationsgrad) erheblich erhöht haben.

Ob konventionelle oder unkonventionelle Partizipationsformen – für die europäische Ebene lässt sich kein positives Urteil abgeben. Obwohl nach Schätzungen bereits mehr als 50 % der die EU-Bürger direkt vor Ort betreffenden Gesetze auf der europäischen Ebene entschieden werden, sind die Partizipationsmöglichkeiten des Bürgers weitgehend auf die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) reduziert. Ganz davon abgesehen, dass – gemessen an nationalen Parlamenten – die Kompetenzen des EP noch immer (wenn auch abnehmend) stark eingeschränkt sind. Als genuines Instrument territorialer Repräsentation ist eine Vollparlamentarisierung der EU ausgesprochen ungeeignet, transnationale sektorale Politik demokratisch zu legitimieren. Eine die Territoriumsgrenzen überschreitende und durchschneidende sektorale Politik benötigt eine ebenso geartete soziale Legitimationsbasis. Angesichts der nationalen Verbundenheit politischer Assoziationen (wie Parteien und Verbände) und trotz (oder gerade wegen?) einiger Ausnahmen, wie transnationale Konzerne und internationale Nichtregierungsorganisationen (INGOs), ist diese nicht mal im Ansatz vorhanden.

Fazit: Selbst angesichts einer fortgesetzten Kompetenzzunahme des EP bliebe also das virulente Demokratiedefizit der europäischen Politik bestehen. Versuche, diese vernichtende Bilanz durch den Ausbau des Ministerrats zu einer zweiten Kammer (nach Vorbild des deutschen Bundesrats bzw. des amerikanischen Senats) oder durch einen Ausschuss der Regionen, der der sogenannten „dritten Ebene“ eine repräsentative Stimme geben sollte, aufzupolieren, müssen scheitern, denn sie kranken allesamt an dem selben prinzipiellen Problem: sektorale Politik kann mit den Mitteln politischer Institutionen, die einem territorialen Repräsentationsprinzip geschuldet sind, nicht demokratisiert werden.

Gibt es Alternativen? Dem territorial eingehengten Nationalstaat gelang es für eine geraume Zeit, ein glaubwürdiges Modell der Demokratisierung zu stiften. Der Preis für diesen *demokratischen Nationalismus* war ein relativ hohes Maß an kultureller Homogenität und ein Kompetenz- bzw. Souveränitätsbegriff, der fest an Landesgrenzen (= Rechtsräume) gekoppelt war. Jetzt, da diese Funktionsvoraussetzungen wegbrechen, bedarf es einer sektoralen und transnationalen Alternative. Diesem Anspruch kann die EU in ihrer jetzigen Verfassung *nicht* gerecht werden. Sie ist vielmehr ein Musterbeispiel für die zunehmende Bedeutung von Expertokratien, überzeugt davon, dass nur ein von Facheliten getragener *expertokratischer Sektoralismus* in der Lage sei, die komplexen Herausforderungen des Regierens jenseits des Nationalstaates in den Griff zu bekommen. Auf diese Weise werden eine Vielzahl der auf nationaler Ebene erkämpften demokratischen Partizipationsfortschritte, gleichsam durch die europäische Hintertür, entwertet, was leicht erklärt, weswegen die herrschenden *nationalen* Funktionseliten erstaunlich wenig (vgl. Wolf 1997; 2002), eine an Partizipation interessierte, gesellschaftliche Linke dafür aber zunehmende Probleme mit dem europäischen Einigungsprojekt hat.

Ich teile die Auffassung, dass es aus demokratischer Sicht dringend geboten ist, sich dem Modell des expertokratischen Sektoralismus entgegenzustellen.

Doch da sich – anders als dies Teile der Linken zu glauben scheinen – die Entwicklung der Sektoralisierung von Politik faktisch (aber auch normativ) nicht aufhalten lassen wird, bleibt nur die Alternative eines *demokratischen Sektoralismus*. Das Modell eines demokratischen Sektoralismus sollte dabei mehr sein als nur ein Leitbild, es muss auch die Möglichkeit einer gelingenden politischen Praxis mit einschließen, womit es sich von dem mir zwar sympathischen, aber nur appellativ zu gebrauchenden Begriff des Kosmopolitismus unterscheidet. So könnte eine funktionierende politische Praxis des demokratischen Sektoralismus zwar kosmopolitische Einstellungen befördern – umgekehrt gilt das kaum. Die Idee des Kosmopolitismus ist zu abstrakt und zu weit entfernt vom konkreten, sachbezogenen politischen Alltagsgeschäft, um ideologisch den Belastungen einer konfliktreichen transnationalen Politik gewachsen zu sein.

Was wiederum auf eine generelle Einsicht verweist: Bei aller Phantasie mit dem die Geistes- und Sozialwissenschaften am Begriffsapparat schrauben und neue politische Konzepte entwerfen. Am Ende entscheidet die gesellschaftliche Realität, welches Konzept den Durchbruch schaffen wird und welches wieder verschwindet. Was somit theoretisch seinen Anfang nahm, wird schlussendlich zur empirischen Frage. Gleichwohl wird man eine neue politische Praxis empirisch nicht nachweisen können, sofern man zuvor keinen Begriffsapparat gebildet und ihn theoretisch durchgearbeitet hat. Dies soll nicht zuletzt im nun folgenden, zweiten Teil demonstriert werden.

2. Demokratischer Sektoralismus und die neuere politische Theorie

Noch ist der Begriff des demokratischen Sektoralismus unterbestimmt. Die tiefenste Übersetzung scheint mir zu sein, von einer *sachbezogenen* oder einer (frei nach John Dewey) *problemlösungsorientierten Demokratie* zu sprechen. Was aber gehört zur Sache und wer definiert das Problem? Wenn alle Begründungen zu versagen scheinen, retten sich Experten gerne mit einer Floskel und reden von der „Natur der Sache“, als sei diese unzweifelhaft gegeben. In modernen, aufgeklärten Zeiten steht eine solche „Letztbegründung“ zu Recht unter Ideologieverdacht. Was in einem konkreten Fall sachlich relevant ist und was nicht, muss dem politischen Prozess überlassen bleiben und ist vorab zunächst unbestimmt. Das kann (oder muss vielleicht) selbst für die scheinbar so unpolitische und autonome Wissenschaft gültig sein (Latour 1998: 2001). Das muss nicht notwendig in das andere Extrem, nämlich in kulturalistischen Relativismus umschlagen. Tatsächlich wird es wesentlich darum gehen, eine Perspektive aufzuzeigen, die weder der einseitigen *Naturalisierung* noch der ebenso einseitigen *Kulturalisierung* politischer Sektoren Vorschub leistet. Damit ist bereits gesagt, dass politische Sektoren sich nicht aus *Akteuren*, sondern aus *Bedeutungen* (Propositionen) und *Deutungsmustern* zusammensetzen, über deren *verallgemeinerbare Bedeut-*

samkeit unter pluralistischen Vorzeichen gestritten wird. Entsprechend aufmerksam müssen Institutionen beachtet werden, die dem Deutungspluralismus und/oder der Selektion politikfeldrelevanter Deutungen dienen. Am Ende eines politischen Prozesses steht nämlich immer eine (vorläufige) Entscheidung zugunsten der einen oder anderen Deutung um die herum eine *policy* formuliert wird. Damit wird – was viele Beobachter zu unterschätzen scheinen – eine *policy*, d.h. ein Gesetz oder politisches Programm, zum entscheidenden Vehikel, über das eine Deutung (im geradezu klassischen Sinne) die *Herrschaft* über einen politischen Sektor übernimmt und die (soziale) Realität zu beeinflussen sucht¹ – wenigstens bis zu dem Zeitpunkt bis eine neue *policy* beschlossen und damit der „Regierungswechsel“ eingeläutet wird².

Der Selektion aus verschiedenen Deutungsmustern kommt also eine entscheidende politische Bedeutung zu. Wie aber funktioniert dieser Selektionsprozess? Aus politologischer Sicht ist dies die vielleicht komplexeste Frage überhaupt. Klar ist nur, dass hier dem Begriff des „Framing“ (Rahmung) eine zentrale Stellung zukommt. Erst durch die Rahmung erscheint ein Thema in einem ganz bestimmten Licht, werden bestimmte Kontexte hervorgehoben und andere ausgeschlossen. Nur durch erfolgreiche Prozesse der Rahmung kann es gelingen, aus einzelnen Sachverhalten (individuell oder kollektiv relevanten) Sinn zu erzeugen. Wegen der Pluralität möglicher Rahmen (also Kontexte) und durch das Reflexivwerden der dahinter stehenden Prozesse wird dieser Prozess zum Politikum. Nicht von ungefähr erfährt daher sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der politischen Praxis der Begriff der Rahmung höchste Aufmerksamkeit. Wer beeinflussen kann, aus welcher Perspektive, d.h. unter Verwendung welches Bedeutungskontextes, eine bestimmte Sache, ein Thema oder ein Problem zu betrachten ist, der hat gute Chancen, auch die von ihm favorisierte Problemlösung (= *policy*) durchsetzen zu können. Entsprechend steht für Generalsekretäre deutscher Parteien und politische Kommentatoren nicht mehr die „richtige Bewertung“ im Zentrum aller Kommunikationsbemühungen, sondern die Erringung der „Deutungshoheit“ zum Nutzen eigener Interessen. Unter demokratischen Vorzeichen sind hier allerdings bestimmte Bedingungen an *Offenheit* und *Inklusivität* anzumelden. Lautete das bisherige demokratische Credo „one man, one vote“, so steht fortan „one man, one voice“ im Vordergrund. Insbesondere unter den Vor-

-
- 1 Diese Beschreibung klingt totalitär und scheint die Gestaltungsfähigkeit von Politik zu überschätzen. Man muss allerdings die Steuerungsfähigkeit der Politik auf die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht sehr hoch veranschlagen, um einzusehen, dass mit Politik zumindest „ein Unterschied“ gemacht wird – selbst wenn sich dieser Unterschied letztendlich aus nicht-intendierten Nebeneffekten zusammensetzen sollte.
 - 2 Nach herkömmlicher Diktion bezieht sich „Regierungswechsel“ auf den Austausch des regierenden Personals. Wie unpräzise das die politische Realität beschreibt, offenbart das Politikfeld Agrarpolitik. Hier hatte bis zum BSE-Skandal und der Neuordnung des Ministeriums nie wirklich ein Machtwechsel stattgefunden, weil immer das selbe, über die Parteigrenzen hinweg akzeptierte Landwirtschafts-Paradigma die Politiken dominierte.

zeichen von Pluralisierung und Individualisierung kann das schnell zur kommunikativen Überforderung des politischen Prozesses führen. Neben Institutionen und Verfahren der Öffnung sollten daher auch – da unvermeidlich – demokratisch akzeptable Formen der Schließung in den Blick genommen werden³. Und da sich diese Prozesse ferner unter den Vorzeichen (sogar transnationaler) anonymer Massengesellschaften vollziehen, müssen sie den Ansprüchen massenmedialer Kommunikation genügen und nicht auf Kommunikationssituationen *face-to-face* beschränkt bleiben. Es wird nachstehend zu überprüfen sein, inwiefern die neueren politischen Theorien sich eine solche Frageperspektive zu eigen machen und Antworten liefern können.

2.1 Charles Taylors politische Theorie kulturalistischer Inkommensurabilität

Mit welchen Perspektiven und Kontexten im transnationalen Raum dürfen wir realistischer Weise rechnen? Folgen wir dem kulturalistischen Ansatz von Charles Taylor (1989), dann besteht im interkulturellen Raum kaum eine Chance auf Verständigung. Nach Taylor sind Kulturen Lebensformen, von denen jeder Mensch einer angehören soll. Sie sind ferner holistisch und in dieser Weise für Angehörige anderer Lebensformen absolut inkommensurabel. Deutungen können auf diese Weise immer nur gleichbedeutend mit Selbst-Interpretation im Horizont einer (sprachlich determinierten) Lebensform sein.

Damit hat Taylor eine Radikalposition formuliert, der zuzustimmen bedeuten würde, das Projekt einer transnationalen Demokratie weitgehend ad acta zu legen. Auf der anderen Seite müssen unterschiedliche kulturelle Ausgangsvoraussetzungen bei der Frage nach der Inklusions- und Integrationsfähigkeit sektoraler Politik mit ins Kalkül gezogen werden.

Zudem bestätigt die europäische Regierungspraxis die Vermutungen von Taylor nicht. Gerade die EU liefert immer wieder Anschauungsmaterial dafür, dass auf Expertenebene meist keine dramatischen Verständigungsprobleme zwischen Sprechern verschiedener nationaler Herkunft herrschen. Jenseits nationaler Unterschiede sind es hier eher die Vertreter verschiedener „Fächer“ (also Ingenieure vs. Juristen; Naturwissenschaftler vs. Geisteswissenschaftler etc.) die an wechselseitigem Unverständnis leiden.

Neben einer ganzen Reihe von kategorialen Ungereimtheiten steht Taylors kulturalistisch eingefärbte politische Theorie demnach auch empirisch keineswegs auf sicherem Grund. Einen interessanten Versuch der theoretischen Weiterentwicklung, mit dem nicht zuletzt der Absolutheitsanspruch interkultureller In-

3 Das ist nicht selbstverständlich. Die neuere Demokratietheorie verfährt häufig nach dem Muster „je mehr, desto besser“ und verkennt dabei die Notwendigkeit, nach der Öffnung des politischen Feldes auch Strategien zu seiner Schließung vorzuschlagen (vgl. Young 2000).

kommensurabilität aufgeweicht werden soll, unternimmt Hartmut Rosa, indem er eine Theorie der „dimensionalen Kommensurabilität“ entwickelt. Die für die Verständigung notwendige Horizontverschmelzung ergibt sich in dieser Variante „nicht aus einer kontextübergreifenden Perspektive, sondern vom Standpunkt eines *neuen Kontextes* aus“ (Rosa 1996: 507). Es wäre zu diskutieren, ob nicht auch (oder gerade) sektorale Themenstellungen in der Lage sein könnten, diesen *neuen*, die kulturellen Überlieferungen und lebensweltlichen Erfahrungen durchschneidenden Kontext zu schaffen, d.h. eine kleine sektorale Welt zu schaffen, die sich („*sui generis*“?) ihren eigenen Interpretationshorizont schafft.

2.2 Niklas Luhmanns soziologische Theorie funktionalistischer Inkommensurabilität

Nun möchte ich mich der radikaldemokratischen Position von Laclau und Mouffe zuwenden, allerdings über einen Umweg über die autopoitische Systemtheorie. Da sektorale Politik mittelbar ein Resultat der funktionalen Differenzierung ist, liegt es nahe, auch der autopoitischen Systemtheorie von Niklas Luhmann Beachtung zu schenken. Während man bei Charles Taylor mit einer radikalen kulturellen Inkommensurabilitätsthese konfrontiert war, trifft man bei Niklas Luhmann (1990; 1990b; 1997; 2000) gewissermaßen auf ihr funktionalistisches Pendant. Dabei ist einsichtig, dass es von vorentscheidender Bedeutung ist, ob ein Thema oder Problem aus einer ökonomischen, wissenschaftlichen, politischen, religiösen oder vergleichbar grundsätzlich zu unterscheidenden Beobachtungsperspektive wahrgenommen wird. Nur auf sich selbst bezogen produzieren die verschiedenen Beobachtungsperspektiven sinnvolle Kommunikationsanschlüsse. Dagegen besteht über die verschiedenen Perspektiven hinaus, keine Chance auf eine sinnvolle Verständigung. Für das Anliegen des demokratischen Sektoralismus ist eine solche Einstellung unbefriedigend.

Das dem so ist, liegt wesentlich an Luhmanns folgenreicher Unterscheidung von Gesellschaftsstruktur und Semantik. Gesellschaftsstruktur verweist auf die Operationen der Systeme. Semantiken dagegen sind vorzugsweise in Textform kondensierte und konfirmierte Strukturen der Selbstbeobachtung der Systeme, wodurch sie nicht zuletzt die Aufgabe des Systemgedächtnisses übernehmen. In ihrer Wirkung marginalisiert werden die Semantiken allerdings erst durch Luhmanns These von der „Nachträglichkeit der Semantik“. Dadurch übernehmen sie keine aktive Rolle bei der Konstituierung sozialer Systeme. Urs Stäheli hat sich mit dieser Antwort nicht zufrieden gegeben und die autopoitische Systemtheorie von Luhmann einer dekonstruktivistischen Lektüre unterzogen. Der einfachen Nachträglichkeit setzt er die These einer „konstitutiven Nachträglichkeit der Semantik“ entgegen, wodurch „Selbstbeschreibungen durch ihre retroaktiven Effekte zum evolutionären bedeutsamen Faktor werden, indem sie die autopoitische Operativität des Systems miterzeugen“ (Stäheli 2000: 217). Durch diesen

Kniff hat er die Systemtheorie aber ganz bewusst in die Nähe einer politischen Theorie der Bedeutung gerückt, wie sie explizit von Laclau und Mouffe vertreten wird. Folgerichtig sieht Stäheli das Hauptmanko der Systemtheorie darin, das Potential des Politischen als herausragende Möglichkeit zur Entparadoxierung von Unentscheidbarkeiten zu übersehen. Welche Unterscheidung bei welcher Gelegenheit zur Anwendung kommt, kann nicht begründet werden. Gerade deswegen aber muss eine Entscheidung getroffen werden, und sie muss zugleich den Zweck erfüllen, den Umstand unsichtbar zu machen, dass diese Entscheidung auch ganz anders hätte getroffen werden können.

2.3 Laclaus und Mouffes politische Theorie des leeren Signifikanten

In der Systemtheorie soll das Komplementär aus (systemschließendem) Code und (umweltöffnendem) Programm, die Entparadoxierung sinnhafter Kommunikationsprozesse ganz alleine gewährleisten. Nach Stäheli kann diese Konstruktion ohne Bezug auf das Politische nicht überzeugen. Als Alternative für Code und Programm steht bei Laclau/Mouffe (1991) der „leere Signifikant“. Der leere Signifikant ist „ein Zeichen, das kein Zeichen ist“ (Stäheli 2000: 61), da es (mit wechselnden Inhalten) als eine Art Platzhalter „bezeichnet, was eigentlich nicht bezeichnet werden kann: die Identität des Diskurses“ (Stäheli 2001: 201).

Es gibt keine sachlichen Grenzen dafür, welches sprachliche Zeichen als leerer Signifikant fungieren kann und welches nicht. In einem gemeinsamen Aufsatz haben Thorsten Bonacker und André Brodocz die internationale Anerkennung und Genese des Begriffs der Menschenrechte aus der Perspektive des „deutungsoffenen Signifikanten“ analysiert. Im Prinzip spricht nichts dagegen, auch die Bezeichnung von Politikfeldern wie Umweltschutz, Agrarmarkt oder gentechnisch veränderte Lebensmittel als leere bzw. deutungsoffene Signifikanten und damit als Gegenstand von hegemonialen Deutungskonflikten zu begreifen.

Wie schneidet der radikaldemokratische Ansatz, gemessen an den oben formulierten Erwartungen eines demokratischen Sektoralismus, ab?

Im Kontrast zu kulturalistischen Ansätzen müssen keine vorpolitischen Identitäten unterstellt werden. An einer Stelle bemerken Laclau/Mouffe, dass es in ihrer politischen Theorie nicht nur um die *Identität des Diskurses*, sondern auch um *Identitäten in Diskursen* geht. Der politische Prozess übernimmt somit die zentrale Aufgabe, die unbestimmten sozialen Grenzen zu bestimmen und entfaltet so seine sozialintegrative Wirkung. Das ist von großem Vorteil für einen demokratischen Sektoralismus, der sich im transnationalen sektoralen Bedeutungsraum aufhält und die unvermeidlichen politischen Identitäten (besser: Identifizierungen) idealiter aus sich selbst heraus schöpft.

Ferner weist der Ansatz von Laclau/Mouffe kein Konstruktionsmerkmal auf, das seine Funktionsfähigkeit unter den Bedingungen massenmedialer Kommuni-

kation verhindern würde. Auch das ist freilich ein Plus, zumal der Zeichencharakter des leeren Signifikanten ihn gegenüber den Unterschieden natürlicher Sprachen weitgehend unsensibel macht und dadurch ein Höchstmaß an kultureller Offenheit und Inklusivität gewährleistet.

Was aber bestimmt den Inhalt des leeren Signifikanten – denn darum geht es ja letztlich in jeder politischen Entscheidung. Diese Frage muss auch geklärt werden, um den Grad an sozialer Offenheit und Inklusivität abschätzen zu können. An dieser Stelle wird man bei Laclau/Mouffe auf den Machtbegriff zurückgeworfen. Das Politische entspricht dann dem Ensemble jener Entscheidungen, die auf einem unentscheidbaren Terrain getroffen worden sind, also einem Terrain, für das Macht konstitutiv ist. Der Inhalt des leeren Signifikanten reflektiert aus dieser Sicht die gegebenen gesellschaftlichen Machtverhältnisse bzw. Machtungleichgewichte (nicht mehr, aber auch nicht weniger).

Sofern aber alles nur in Machtbeziehungen gründet, ergibt sich für die Demokratie ein grundlegendes Problem: Moderne liberale Gesellschaften haben es bisher verstanden, dass die Hegemonie bestimmter Deutungen durch alternative Deutungen prinzipiell herausgefordert und gegebenenfalls sogar abgelöst werden kann. Nach der bekannten Einschätzung von Claude Lefort ist in der Demokratie der symbolische Ort der Macht leer und ihre eigene Legitimationsbasis durch radikale Unbestimmtheit gekennzeichnet (Lefort/Gauchet 1990). Daraus folgt, dass in der Möglichkeit der Demokratie immer auch sogleich die Möglichkeit des Totalitarismus angelegt ist. Auch Laclau/Mouffe schätzen aus normativen Gründen die Institutionen der liberalen Gesellschaften, die jenes Maß an Offenheit gewährleisten, dass für ihre Variante von Radikalität und Emanzipation nützlich, wenn nicht sogar konstitutiv erscheint. Leider bleibt unklar, wie im Rahmen dieser Hegemonietheorie die Reproduktion des liberalen Grundgerüsts sichergestellt werden könnte. Zwar fordert Mouffe an zentralen Stellen in ihrem Werk, dass die politischen Kontrahenten als Gegner (Agonist) und nicht im Sinne Carl Schmitts als Feinde (Antagonist) zu begreifen wären, doch ist das zunächst nichts weiter als eine normative Setzung. In einer politischen Welt grundloser Unterscheidungen bleibt Mouffe den Nachweis schuldig, wie eine bürgerkriegsähnliche Eskalation von Deutungskonflikten ausgeschlossen werden könnte (vgl. dazu auch Stäheli 2001: 212-14; Jörke 2004; Hetzel 2004).

Wie skizziert, bietet die poststrukturalistische Hegemonietheorie eine ganze Menge von Ansatzpunkten, an denen das Konzept des demokratischen Sektoralismus anknüpfen kann. Mit der Machtfrage hat sich dann allerdings ein sehr grundsätzliches Problem eingestellt, dass sich unter den Bedingungen radikaler Kontingenz theorieimmanent kaum lösen lässt. Die Sachlage ändert sich freilich, sobald die Empirie in den Blick genommen wird. Dann wird man rasch feststellen, dass an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten die Art und Weise, mit der die leere Stelle der Macht gefüllt wird, so vollständig kontingent gar nicht ist. Für marxistisch eingestellte Beobachter waren und sind es die letztlich aus den Produktionsverhältnissen resultierenden strukturellen Machtverhältnisse, die be-

gründen, weswegen sich bestimmte Deutungsmuster durchsetzen und andere eben nicht. Sowohl Michel Foucault als auch kulturkritische Autoren haben viel dazu beigetragen, um begreifen zu lernen, wie gesellschaftliche Machtverhältnisse ohne sichtbare äußere Gewaltanwendung in der Lage sind, Ordnung herzustellen, und zwar indem sie institutionell vermittelt auf die innere Natur der Gesellschaftsmitglieder einwirken und damit deren eigentlich unwahrscheinlichen Hang zur Selbstdisziplinierung ausnutzen. Alternativ zur marxistischen Sicht lässt sich heute auf die besondere Bedeutung wissenschaftlicher Expertise für den politischen Entscheidungs- und Legitimationsprozess verweisen. Die Akzeptanzchancen eines Deutungsmusters steigen rapide, wenn zu dessen Bestätigung das wissenschaftliche Ticket gezogen wird. Häufig reduziert sich dann die politische Auseinandersetzung auf den Konflikt zwischen Expertise und Gegen-Expertise, währenddessen sich das gleichermaßen erschreckte wie gelangweilte Publikum vom politischen Prozess abzuwenden beginnt und den Experten und Eliten „vertrauensvoll“ den politischen Raum überlässt. Nach Meinung elitenorientierter Demokratietheorien ist dies dann auch ganz gut so oder aber zumindest eine unausweichliche Konsequenz, sofern man auf „*good governance*“ (wie das neuerdings heißt) nicht verzichten möchte. Für Poststrukturalisten wie Laclau und Mouffe sind solche Kategorien freilich blanke (Herrschafts-)Ideologie. Bruno Latours Vorstellung einer „politischen Ökologie“ oder besser: einer „politischen Epistemologie“ steht zwischen diesen beiden Extremen. Mit ihr möchte ich mich abschließend beschäftigen.

2.4 Bruno Latours politische Epistemologie

Bruno Latour (1998; 2000; 2001) akzeptiert die große Bedeutung, die die (Natur-)Erkenntnis für unsere Gesellschaft hat. Was er nicht akzeptiert, sind sämtliche Versuche, aus Naturerkenntnis und Wissenschaft einerseits und dem Sozialen und Politischen andererseits einen unüberwindlichen Gegensatz zu konstruieren. Denn das Gegenteil ist richtig. Was in der Theorie getrennt sein soll, stellt in der Praxis ein verwobenes Kartell dar, so dass längst die Wissenschaft nicht ohne politische und umgekehrt die Politik nicht mehr ohne wissenschaftliche Einmischung funktionieren kann. Wer so denkt, nimmt einen Bruch mit den grundlegendsten (Seins-)Gewissheiten der modernen Erkenntnisphilosophie billigend in Kauf. Und tatsächlich ist in den Augen Latours das kartesianische Programm wenig mehr als der untaugliche Versuch, all das unsichtbar werden zu lassen, was die Moderne doch ständig an Hybriden aus menschlichen und nicht-menschlichen Wesenheiten hervorbringt. Entsprechend wäre „Sein“ ein anderes Wort für menschliches und nicht-menschlichem Verbundensein: „Das Ozonloch ist zu sozial und zu narrativ, um wirklich Natur zu sein, die Strategie von Firmen und Staatschefs zu sehr angewiesen auf chemische Reaktionen, um allein auf

Macht und Interessen reduziert werden zu können, der Diskurs der Ökosphäre zu real und sozial, um ganz in Bedeutungseffekten aufzugehen“ (Latour 1998: 14).

Diese kurzen Bemerkungen lassen bereits erahnen, wie radikal der Autor dabei vorgeht, neue und ungewohnte Grenzziehungen vorzunehmen. Sein Interesse deckt sich dabei aber wesentlich mit dem des demokratischen Sektoralismus. Auch seinem Programm einer politischen Epistemologie (das im übrigen die politische Ökonomie nicht nur ergänzen, sondern ersetzen soll) (Latour 2001: 287) geht es zunächst darum, die Grenzen des Demos – nicht in Form eines menschlichen Kollektivs, sondern in Gestalt von *Propositionen* (also Deutungen und Bedeutungen) – zu bestimmen, wobei er zwischen den falschen Alternativen Kulturrelativismus und Naturalismus einen dritten Weg sucht. In einem aus zwei Kammern bestehenden „Parlament der Dinge“ müssen die Akteure/Aktanten ihre Wirklichkeit unter Beweis stellen und das erfüllen sie zunächst am besten durch ihre Widerspenstigkeit: „Menschliche und nicht-menschliche Akteure erscheinen zunächst als Störenfriede. Ihr Handeln lässt sich vor allem durch den Begriff der Widerspenstigkeit definieren“ (Latour 2001: 115; zum Thema „Widerspenstigkeit“ vgl. auch Wingert 2001). Durch die Widerspenstigkeit gerät sowohl das kulturrelativistische als auch das nationalistische Weltverständnis an seine Grenzen, denn was für den subjektiven Willen ein zuviel an Irritation ist (z.B. um so tun zu können, als wäre da nichts), das ist für die objektive Realität ein noch zuwenig an Information (z.B. um ein für alle mal verbindlich definieren zu dürfen, worum es sich überhaupt handelt). Im Parlament der Dinge soll diese Spannung nicht aufgelöst, sondern als produktiver Faktor bewahrt werden, wobei die erste Kammer von Latour als eine „einbeziehende Gewalt“ beschrieben wird. Hier soll die Sensibilität für die „Präsenz einer Vielzahl von Propositionen“ geschärft werden, die womöglich darauf warten, Teil des Kollektivs, d.h. des Demos bzw. der gemeinsamen Welt zu werden („Perplexität“). Zudem soll dort die Frage beantwortet werden, welche Beweise relevant sind, um über Existenz, Wichtigkeit, Willen einer Proposition zu urteilen („Konsultation“). Die „ordnende Gewalt“, repräsentiert durch die zweite Kammer, hat sodann die Aufgabe die heterogenen und incommensurablen Propositionen in eine einzige, homogene und mit klaren Präferenzen ausgestattete Ordnung einzusortieren („Hierarchie“). Ferner soll hier die Funktion der Schließung ausgeübt werden, ohne die das Wesen der Politik (sprich: die „kollektiv verbindlichen Entscheidungen“) nicht denkbar wären („Institution“)⁴. Welche Rolle spielen in diesem System aber die Experten und Eliten

4 Auch wenn Latour eher solche Beispiele wie BSE, AIDS bzw. HI-Virus im Angebot hat und diese für die Aufnahme in den Demos vorschlägt – so könnte man das Modell doch auch auf andere, dem Sektoralismus ebenfalls vertrautere Bereiche übertragen, z.B. der Wirtschaftspolitik: Nachdem in der ersten Kammer die Relevanz und Wirklichkeit (volks-)wirtschaftlicher Prozesse festgestellt worden ist, tummeln sich in der zweiten Kammer noch zwei konkurrierende wirtschaftspolitische Paradigmen, das sogenannte angebots- und das nachfrageorientierte Paradigma. Von Zeit zu Zeit gelingt es mal dem einen, mal dem anderen Paradigma den politischen Sektor zu beherrschen (Regierung/Opposition). Unter Umständen wäre

und an welcher Stelle setzt die versprochene Demokratisierung ein? Es ist kaum vorstellbar, wie die soeben beschriebenen Aufgaben ohne das „Know how“ von Experten erfüllt werden könnten. Tatsächlich sorgen Wissenschaftler, Ökonomen, Politiker und Moralisten (wie sie Latour nennt) wesentlich für die Funktionsfähigkeit der beiden Kammern. Indem Latour nicht auf Wissenschaft, sondern auf Forschung setzt, glaubt er den Gefahren der Expertokratie jedoch entkommen zu können. Schon heute sei der klassische Experte im Verschwinden und treten Mitforscher in Gestalt von Konsumenten, politischen Aktivisten oder wohlinformierten und -interessierten Patienten in den Vordergrund – so die These (vgl. Latour 2000).

Trotz aller Skepsis gegenüber einer Expertokratie würde der demokratische Sektoralismus den Wert von Experten und Expertisen ebenso wenig leugnen, wie das die politische Epistemologie tut. Vieles spricht dafür, gerade in einer transnationalen Veranstaltung wie der EU zunächst den Experten das Initiativrecht einzuräumen und sie darüber beraten zu lassen, welche Lösungen für welche politischen Probleme die angemessensten wären. Häufig wird dadurch allerdings der erste Schritt vor dem zweiten getan, d.h. Experten liefern bereits fertige Lösungen (zweite Kammer), währenddessen die Vielzahl möglicher Propositionen noch gar nicht durchgearbeitet worden ist (erste Kammer). Eine Antwort des demokratischen Sektoralismus auf diese Situation könnte lauten: Öffentlichkeit und direktdemokratische Referenda. Wie dies im Einzelnen zusammenhängt und welche Vorteile sich daraus ergeben, mithin die konkrete demokratische Perspektive, habe ich in einem anderen Aufsatz ausführlich dargelegt (Schmidt 2005). An dieser Stelle nur soviel: Über (fakultative) Referenda (vgl. Abromeit 1998) ließen sich sowohl die Funktionen der ersten Kammer (d.h. die Öffnungsfunktion) als auch die der zweiten Kammer (die Schließungsfunktion) auf eine breitere demokratische Basis stellen. Dabei käme es zu einer in beidseitigem Interesse stattfindenden kommunikativen Rückkoppelung zwischen Experten und Normalbürgern, wie sie unter repräsentativen Demokratiebedingungen nur selten hergestellt werden kann.

3. Fazit

Der erste skizzenhafte Versuch, den Mehrwert ausgesuchter neuerer politischer Theorien für die theoretische Fundierung eines demokratischen Sektoralismus im transnationalen Raum abzuschätzen, hat zu durchaus positiven Ergebnissen geführt. In Anbetracht der gegebenen demokratietheoretischen Herausforderung hat jede Theorie einen signifikanten Beitrag zur Konkretisierung des Problems geleistet. Auch wenn dabei *die* passende Theorie und *die* passende Lösung für alle

gar eine Fusion/Kombination der beiden widerstreitenden Paradigmen denkbar (so eine Art „Große Koalition“ der Wirtschaftspolitik).

Probleme nicht aufgetaucht sein sollte, so ist doch dem Verfahren ein erkenntnisfördernder Mehrwert nicht abzusprechen.

Literatur

- Abromeit, Heidrun (1998): *Democracy in Europe – Legitimising Politics in a Non-State Polity*, Oxford/New York: Berghahn Books.
- Brunkhorst, Hauke (Hg.) (1998): *Demokratischer Experimentalismus. Politik in der komplexen Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Jörke, Dirk (2004): Die Agonalität des Demokratischen: Chantal Mouffe. In: Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hg.), *Die Rückkehr des Politischen*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 164-184.
- Greven, Michael Th. (1998): Mitgliedschaft, Grenzen und politischer Raum: Problemdimensionen der Demokratisierung der EU. In: Beate Kohler-Koch (Hg.), *Regieren in entgrenzten Räumen*. PVS-Sonderheft 29, S. 249-270.
- Guéhenno, Jean-Marie (1994): *Das Ende der Demokratie*, München: Piper.
- Habermas, Jürgen (1994): *Faktizität und Geltung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hetzel, Andreas (2004): Demokratie ohne Grund. Ernesto Laclaus Transformation der Politischen Theorie. In: Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hg.), *Die Rückkehr des Politischen*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 185-210.
- Jachtenfuchs, Markus (1997): *Democracy and Governance in the European Union*, in: Føllesdal, Andreas/Koslowski, Peter (ed.), *Democracy and the European Union*, Berlin et al. : Springer, S. 37-64.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien: Passagen.
- Latour, Bruno (1998): *Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Latour, Bruno (2000): *Die Hoffnung der Pandora*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Latour, Bruno (2001): *Das Parlament der Dinge*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lefort, Claude/Gauchet, Marcel (1990): Über die Demokratie. In: Ulrich Rödel (Hg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 89-122.
- Luhmann, Niklas (1990): *Ökologische Kommunikation*, Opladen: Westdeutscher Vlg.
- Luhmann, Niklas (1990b): *Die Wissenschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. 2 Teilebände, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Luhmann, Niklas (2000): *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Offe, Claus (1997): Demokratie und Wohlfahrtsstaat. In: Wolfgang Streeck (Hg.), *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 99-136.
- Rosa, Hartmut (1995): Hypergüter der Moderne. Die konfliktreiche moralische Landkarte der Gegenwart. In: PVS 36, S. 505-522.
- Rosa, Hartmut (1998): *Identität und kulturelle Praxis*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Ruppertz-Rausch, Simone/Schmidt, Thomas (2002): Auf der Suche nach transnational-sektoralen Referenzgruppen als sozialer Basis europäischer Öffentlichkeit. In: *Berliner Initial* 13, H. 5/6, S. 45-56.
- Scharpf, Fritz W. (1999): *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Schmidt, Manfred G. (2000): Der konsoziative Staat. In: Grande, Edgar/Jachtenfuchs, Markus (Hg.) *Wie problemlösungsfähig ist die EU?*, Baden-Baden, S. 33-58.
- Schmidt, Thomas (2004): Demokratischer Sektoralismus – Die politische Soziologie der EU zwischen Identitätspolitik und Expertokratie. Diss. TU Darmstadt.
- Schmidt, Thomas (2005): Der demokratische Sektoralismus und seine direktdemokratischen Ausgestaltungsmöglichkeiten. In: Hitzel-Cassagnes, Tanja/Schmidt, Thomas (Hg.), *Demokratie in Europa und europäischen Demokratien*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 290-303.
- Stäheli, Urs (2000): *Sinnzusammenbrüche*, Weilerswist: Velbrück.
- Stäheli, Urs (2001): Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: Brodocz, André und Gary S. Schaal (Hg.), *Politische Theorien der Gegenwart II*, Opladen: Leske + Budrich, S. 193-224.
- Taylor, Charles (1989): *Sources of the Self. The Making of the Modern Identity*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Wingert, Lutz (2001): Epistemisch nützliche Konfrontationen mit der Welt?. In: ders./Günther, Klaus, *Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit*, Frankfurt a. M., S. 77-105.
- Wolf, Klaus Dieter (1997): Entdemokratisierung durch Selbstbindung in der EU. In: ders. (Hg.), *Projekt Europa im Übergang*, Baden-Baden: Nomos, S. 271-294.
- Wolf, Klaus Dieter (2000): *Die neue Staaträson*, Baden-Baden: Nomos.
- Young, Iris (2000): *Inclusion and Democracy*, Oxford: OUP.
- Zürn, Michael (1998): *Regieren jenseits des Nationalstaates*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

